

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (16. Jahrgang, Nr.11 November 2022)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

In der Politik ist es wie in einem Konzert: Ungeübte Ohren halten schon das Stimmen der Instrumente für Musik.

Amintore Fanfani,

ital. Politiker und Ministerpräsident, 1908-1999

Diakonie setzt auf mehr Frauen in ihren Führungsetagen

Berlin, 7. Oktober 2022 – Diakonie setzt auf mehr Frauen in ihren Führungsetagen. Angestrebt wird eine verbindliche Quote von mindestens 50 Prozent in Leitungspositionen und Entscheidungsgremien. In diesem Jahr präsentiert sich die Diakonie erstmals mit einem eigenen Stand beim Karriere- und Netzwerkevent herCAREER. Die Leitmesse für Karriereplanung von Frauen findet vom 6. bis 7. Oktober 2022 in München statt.

Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland und Schirmfrau des Netzwerkes Frauen in Führung in Kirche und Diakonie (FiF): "Frauen sind in den obersten Führungsetagen der Wohlfahrtspflege mit knapp einem Drittel nach wie vor unterrepräsentiert, obwohl sie rund 75 Prozent der Mitarbeitenden ausmachen. Das darf so nicht bleiben. Es wird höchste Zeit, dass Frauen als Chefinnen zum Zuge kommen und die soziale Zukunft gestalten. Wir brauchen mehr Tempo und Ernsthaftigkeit bei diesem Thema. Deshalb machen wir uns für eine verbindliche Quote von mindestens 50 Prozent von Frauen in Gremien und Führungspositionen der Diakonie stark."

Andrea Betz, Vorständin der Diakonie München und Oberbayern: "Bei der herCAREER gibt es unzählige Gelegenheiten, sich mit Frauen zu vernetzen, gegenseitig zu stärken und auszutauschen. Welche Karrierechancen sich für Frauen in Führungspositionen bei der Diakonie heute bieten, wird an unserem Stand sichtbar. Für eine Generation von Führungskräften, der es wichtig ist, die Zukunft positiv mitzugestalten und in einem werteorientierten Job zu arbeiten, ist die Sozialwirtschaft besonders attraktiv."

Nachricht der Diakonie-Pressestelle Deutschland

2,5 Millionen Renten unterhalb Grundsicherung

Mehr als 2,5 Mio. Rentnerinnen und Rentner erhielten 2020 eine Nettorente unterhalb der Grundsicherung. Das betraf Menschen, die 45 Jahre lang in

Vollzeit gearbeitet und jährlich stets so viel wie aktuell 23.800 Euro verdient hatten. Die Zahlen stammen laut Medienberichten aus einer Regierungsantwort auf eine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag. Demnach beziffert das Arbeitsministerium den Grundsicherungsbedarf im Alter im bundesweiten Durchschnitt auf monatlich 833 Euro brutto (Stand Ende 2020). Die Linke kritisiert diese „Hartz-IV-Rente“ und fordert auch angesichts der Inflation Renten, von denen man gut leben kann.

aus: „Hempels, das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein“, September 2022

Armutskonferenz: Tafeln sind kein verlängerter Arm des Jobcenters – Staat darf Existenzsicherung nicht auf spendenfinanzierte Angebote verlagern

Berlin, 21. Oktober 2022 – In der Debatte über Energiearmut, das neue Bürgergeld und ein menschenwürdiges Existenzminimum kritisiert die Nationale Armutskonferenz, dass die Politik immer mehr staatliche Aufgaben auf die Tafeln und andere gemeinnützige Angebote verlagert. „Es kann nicht sein, dass Menschen, denen das Notwendige fehlt, sich auf eine Versorgung auf Spendenbasis verlassen müssen“, kritisiert Michael David, Sprecher der AG Grundsicherung der Nationalen Armutskonferenz (nak). An vielen Orten übernehmen zum Beispiel die Tafeln Aufgaben, die eigentlich durch die Jobcenter gelöst werden müssten. „Tatsächlich sind Tafeln aber eine Maßnahme gegen Lebensmittelverschwendung“, sagt David: „Sie können, wollen und dürfen sozialstaatliche Regelleistungen nicht ersetzen.“

aus: www.nationale-armutskonferenz

Mindestlohn: Viele profitieren

Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) sieht nur geringe Auswirkungen des Mindestlohns auf die Wettbewerbsbedingungen. Eine Studie zeige, dass die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 und dessen Erhöhung 2017 kaum Marktaustritte von Unternehmen verursacht haben. Manche Branchen sind der Studie zufolge durch die Lohnuntergrenze sogar produktiver

geworden. Ab 2015 war eine gesetzliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro brutto eingeführt worden, eine weitere Erhöhung auf 12 Euro ab kommenden Oktober ist beschlossen. Laut dem Frankfurter Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden von der kommenden Erhöhung auf 12 Euro besonders viele Beschäftigte in Norddeutschland profitieren, in Schleswig-Holstein seien 24 Prozent der Beschäftigten von der Neuregelung betroffen. Die Erhöhung auf 12 Euro pro Arbeitsstunde betreffe vor allem Minijobs: Der hochgerechnete Stundenlohn 2021 liege in mehr als 70 Prozent der Minijobs unter diesem Wert.

aus: „Hempels, das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein“, September 2022

Einkommensmillionäre erneut gestiegen

Laut Statistischem Bundesamt lebten 2018 (neuere Zahlen gibt es nicht) knapp 26.300 Einkommensmillionäre in Deutschland. Das ist ein erneuter Anstieg, im Jahr davor waren es noch gut 1.500 weniger (2017: 24.800). Die durchschnittlichen Jahreseinkünfte der Einkommensmillionäre betragen 2,6 Mio Euro. Für 59 % der Einkommensmillionäre war der Gewerbebetrieb Haupteinnahmequelle. Auf die Gesamtzahl der Einkommenssteuerpflichtigen bezogen lebten mit 1,23 % die meisten Einkommensmillionäre in Hamburg. In Schleswig-Holstein waren es 0,58 %. Schlusslichter: Sachsen-Anhalt und Thüringen mit 0,16 %.

aus: „Hempels, das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein“, September 2022

Rufe nach stärkeren Entlastungen für Geringverdiener

Angesichts steigender Kosten haben sich vergangenen Monat die Rufe nach Hilfen und Vorschläge zu möglichen Entlastungen gemehrt. Caritas-Präsidentin Eva Mariä Welskop-Deffaa plädiert für einen Verzicht auf Strom- und Gassperren. Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch fordert ein „Wintergeld gegen Inflation und explodierende Heizkosten“, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) appelliert derweil mit Blick auf erwartete weitere Belastungen in den kommenden Monaten an den Zusammenhalt aller. Dieses Jahr sei mit großen Herausforderungen verbunden, so Scholz, „wenn wir zusammenhalten, dann werden wir das schaffen.“ Es werde weitere Entlastungen geben.

Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa betonte: „Menschen mit kleinen Einkommen werden die Strom- und Gasrechnung schlicht nicht zahlen können.“ Es müsse deshalb geregelt werden, dass es in dieser Notlage keine Strom- und Gassperren geben werde – „egal, ob die Menschen ein, zwei, drei oder vier Monate im Rückstand sind.“ Linken-Fraktionschef Bartsch brachte ein „Wintergeld gegen Inflation und explodierende Heizkosten“ für kleinere und mittlere Einkommen ins Spiel. Der

Staat solle 1.500 Euro pro Haushalt plus 600 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied zahlen. Auch der nordrhein-westfälische Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) fordert mehr Entlastungen für Geringverdiener: „Diese Menschen müssen auch und deutlich von den steigenden Preisen entlastet werden.“ Der hessische Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) rief die Bundesregierung ebenfalls auf, bei Entlastungen insbesondere die einkommensschwachen Haushalte in den Blick zu nehmen.

aus: „Hempels, das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein“, September 2022

Heizkosten können zu Sozialleistungs-Anspruch führen

Wegen hoher Energiekosten werden nach Ansicht der schleswig-holsteinischen Bürgerbeauftragten Samiah El Samadoni (SPD) viele Menschen erstmalig auf Sozialleistungen angewiesen sein. Nicht nur Leistungsbeziehende besäßen Anspruch auf Übernahme von angemessenen Heizkosten. Menschen, die bisher keine Leistungen beziehen und denen eine Nachzahlung nicht durch eigenes Einkommen möglich ist, könnten einen Anspruch auf eine Kostenübernahme haben. Unerheblich sei, ob die Nachforderung vor dem Leistungsbezug entstanden ist. Wichtig sei nur, dass Betroffene den Antrag im Monat der Fälligkeit einer Nachzahlung stellen. El Samadoni wies darauf hin, dass bei der Prüfung der Angemessenheit der Kosten nicht der Betrag der Heizkosten an sich zu betrachten ist, sondern vielmehr auf den jeweiligen Verbrauch der Bürger abzustellen ist. Nur dieser müsse angemessen sein. Nicht alle Behörden würden dies bereits umsetzen.

aus: „Hempels, das Straßenmagazin für Schleswig-Holstein“, September 2022

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Für unser nächstes Treffen
im Jahr 2023
werden wir die Termine
im nächsten Infoblatt bekannt geben.**

**Weh denen, die Böses gut und Gutes böse nennen, die aus
Finsternis Licht und aus Licht Finsternis machen, die aus
sauer süß und aus süß sauer machen!**

(Monatsspruch für November 2022 aus Jes. 5,20)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
30. November 2022